GdP Gewerkschaft der Polizei Aktuell

Nr. 4 - Mainz, 18.2.2009

GdP bei Innenminister Bruch

Nachdem das Innenministerium die Beförderungsmöglichkeiten nach A 13 (20) und nach A 12 (60) bekannt gegeben hatte, vereinbarte die GdP kurzfristig einen Termin mit Innenminister **Karl Peter Bruch**, um mit ihm unsere weitergehenden Vorstellungen zu besprechen.

Bernd Becker, Joachim Laux, Helmut Knerr, Karl Peter Bruch, Ernst Scharbach, Margarethe Relet, Heinz Werner Gabler, Alfons Meyer, Reiner Leubecher (Foto: M. Stöhr)

Minister **Bruch** stellte die derzeit geplanten **Beförderungsmöglichkeiten** in allen Besoldungsgruppen von A 10 bis A 13 und die sich daraus ergebenden Beförderungsquoten vor. Die Beförderungen werden von zwei Faktoren begrenzt:

1. Von den vom Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung gestellten Stellen und
2. vom zur Verfügung stehenden Budget.

Heinz Werner Gabler bedankte sich bei Minister Bruch für die Einhaltung des Versprechens, einen Schwerpunkt bei der Beförderung nach A 10 zu setzen. Vielen Kolleginnen und Kollegen, die in den Jahren 2007 und 2008 keine Chance auf Beförderung hatten, werden über die deutliche Stellenerhöhung froh sein.
Gabler: *"Es darf aber nicht verschwiegen werden, dass es große Probleme bei der Beförderung nach A 11 gibt, die sich noch verstärken werden, wenn nicht gegengesteuert wird!"*

Gabler wies ferner anhand der Berechnungen nach, wie viele Kolleginnen und Kollegen teils seit vielen Jahren Funktionen ausüben, die nach A 12 oder A 13 bewertet sind, ohne die entsprechende Besoldung zu erhalten. Wegen der geringen Zahl der Beförderungsmöglichkeiten werden die meisten keine Chance mehr haben, das ihnen zustehende Gehalt noch vor der Pensionierung zu erreichen. **Gabler**: *"Im Vergleich zu anderen Verwaltungen ist dies eine grobe Ungleichbehandlung, die wir nicht hinnehmen!"*

Minister **Bruch**: *"Wir sehen die Probleme. Kurzfristig werden keine allseits befriedigenden Lösungen zu erreichen sein. Ich werde allerdings vor der letztendlichen Veröffentlichung der Zahlen und Quoten hausintern ausloten, welche Verbesserungen noch erreicht werden können!"*

Für den **Tarifbereich** sprach **Margarethe Relet** die Problematik der Stellennachbesetzungen an. Relet: *„Spezialistenprogramme beim LKA oder bei der ZPT sind willkommen, aber das ausscheidende Personal in den Behörden und Einrichtungen wie z.B. in Geschäftszimmerbereichen, den Werkstätten oder in der Verwaltung kann häufig aufgrund fehlenden Budgets nicht nachbesetzt werden. Hier gilt es unbedingt dafür zu sorgen, dass auch diese Stellen nach der sechsmonatigen Wiederbesetzungssperre besetzt werden."* Die Belastung in vielen Bereichen ist extrem gestiegen und das noch vorhandene Tarifpersonal stößt an die Grenze der Belastbarkeit.

Bei der Umsetzung des **Schwerbehindertenprogramms** „klemmt“ es bei den Behörden. Minister Bruch erklärte, dass die Altersgrenze von 55 Jahren in Einzelfällen heruntergesetzt werde und auch die Beschränkung der Eingruppierung bis zur EG 6 in begründeten Einzelfällen geändert werden kann. Außerdem wurde unsererseits bemängelt, dass in diesem Jahr keine **Ausbildungsplätze** bei den Behörden bzw. den Werkstätten oder der ZPT zugewiesen werden sollen. Es hat sich bewährt, junge Leute in den eigenen Dienststellen auszubilden und nach Möglichkeit nach der Ausbildung zu übernehmen. Der Altersdurchschnitt bei den Tarifbeschäftigten ist so hoch, dass „junges Blut“ dringend gebraucht wird. Herr Bruch sagte eine Prüfung zu.

Bernd Becker berichtete aus den Gesprächen der GdP mit Wirtschaftsminister **Hendrik Hering** über die Ausgestaltung des Konjunkturpakets: *"Bei Bauprojekten bitten wir um Prüfung, ob in jedem Fall der energetischen Sanierung in hinreichender Form Rechnung getragen wird."* Alle Dächer landeseigener Gebäude sollten auf die Eignung zum Einbau fotovoltaischer Kraftwerke geprüft werden.

Alfons Meyer und **Markus Stöhr** verwiesen auf die dringenden Bauvorhaben im Land und **Karl Peter Bruch** ergänzte um die aktuellen Bemühungen in Landau und bei der Wasserschutzpolizei in Bingen und Mainz. **Bruch**: "*Im Ziel sind wir uns ohne Zweifel einig, aber zuständig ist zunächst der LBB. Wegen des Konjunkturpakets wird es beim LBB einen erhöhten Arbeitsanfall geben, aber wir werden unsere Projekte mit Druck vorantreiben."*

Weitere Themen des Gesprächs waren die von der GdP geforderte "Fallstudien Jugendliche Gewalttäter", die Änderungen des Landesbeamtengesetzes - hier speziell des § 208 - und das von der GdP betriebene In-Sourcing von Reinigungsleistungen.

V.i.S.P.: Markus Stöhr, GdP RP, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55129 Mainz
Tel.: 06131 – 960090 +++ www.gdp-rp.de